

Erbbauzins soll angepasst werden

Weingarten (jum). Die Erbbauzinsen in Weingarten entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Zuletzt wurden sie 1982 erhöht. Der Gemeinderat entschied in seiner jüngsten Sitzung, bei Verträgen ohne Anpassungsklausel eine Erhöhung nicht zu betreiben, da die Rechtslage in diesen Fällen schwierig ist.

Bei Verträgen mit Anpassungsklausel und bei der Baugenossenschaft Ringstraße 8/6 werden die Erbbauzinsen nach den allgemeinen wirtschaftlichen Grundsätzen angehoben. Je nach Vertragsdatum und Vertragsart würde dies eine Erhöhung von 22 bis 488 Prozent (22 bis 1 500 Euro) bedeuten, bei der Baugenossenschaft wäre nun, nach Ablauf der Förderung, auch ein Anstieg um etwa 9 500 Euro möglich.

Die Gemeinde erhält immer wieder Anfragen auf Vertragsverlängerungen, da viele Erbbaurechte nur noch 20 Jahre und weniger laufen und Veräußerungen und Finanzierungen deshalb schwierig sind. Bei einer Vertragsverlängerung um mindestens 20 Jahre soll der Erbbauzins nach dem aktuellen Bodenwert auf heutige Verhältnisse angepasst werden. Da der Erbbauberechtigte bei vorzeitiger Verlängerung sehr günstige Konditionen aufgibt, erfolgt die Anpassung nur auf vier Prozent statt der üblichen fünf Prozent des Bodenwerts.

Ein Antrag von WBB-Gemeinderätin Bettina Lichter, die fünf Prozent als höheren Anreiz für den Erwerb des Grundstücks beizubehalten, verfehlte knapp die Mehrheit im Gremium. Die Erbbauberechtigten erhalten zugleich mit den neuen Konditionen aber auch ein Kaufangebot.

Die Erhöhung, die laut Bürgermeister Eric Bänziger immer noch weit unter dem heute verkehrsüblichen Niveau bleibt, gilt ab Januar 2011. Die Vereine sind davon nicht betroffen. In der Gemeinde bestehen aktuell insgesamt 176 Erbbaurechte.

BNN-Hardtausgabe vom 13.12.2010

Negativzuführung bleibt unter einer Million Euro

Weingarten (jum). Außerplanmäßige Ausgaben in einer Gesamthöhe von rund 170 000 Euro beschloss der Gemeinderat Weingarten in seiner jüngsten Sitzung. Ausgeglichen werden sie unter anderem durch höhere Steuereinnahmen (darunter rund 900 000 Euro aus der Gewerbesteuer und 350 000 Euro aus Einkommen- und Umsatzsteuer) und rund 300 000 Euro zusätzlich aus dem Finanzausgleich.

Wie Rechnungsamtsleiter Norbert Bittner mitteilte, wird sich die für 2010 vorgesehene Negativzuführung von 2,37 Millionen Euro auf weniger als eine Million reduzieren.

